



Richard von Weizsäcker, Regierender Bürgermeister von Berlin

Zum 40. Jahrestag der so genannten Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1982 im Haus Am Großen Wannsee 56/58

Wir sind beisammen, um uns die Ungeheuerlichkeit zu vergegenwärtigen, die sich unter deutschem Namen in diesem Haus zugetragen hat. Vor 40 Jahren wurde hier vorbereitet und beschlossen, was die Nationalsozialisten die „Endlösung der Judenfrage“ nannten.

Schon lange vor seiner Machtergreifung hatte Hitler deutlich genug gesagt, welche Einstellung er zu den Juden hatte und um welche Folgen es ihm ging. Dennoch, trotz aller Demütigungen, Verfolgungen und Tötungen, hatten die nationalsozialistischen Machthaber noch bis in den Anfang des Krieges hinein vor der letzten Konsequenz gezögert.

Die so genannte Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 brachte den entscheidenden grauenvollen Schritt. Den Verhöhnungen und Schikanen, dem Hinausdrängen jüdischer Menschen aus ihrem Lebenskreis und ihrer Heimat, dem psychischen und physischen Terror, dem Zerschlagen jüdischen Eigentums und dem Verbrennen jüdischer Gotteshäuser sollte nun die planmäßige Vernichtung folgen. Mit buchhalterischer Genauigkeit listete das Protokoll der Sitzung auf, wer dem Rassenwahn zum Opfer fallen sollte. Die Juden sollten nicht die einzigen sein, denen die Machthaber Knechtschaft, Vertreibung und Tod zudachten. Aber der ganze Hass derer, die nun herrschten, galt zunächst und zutiefst dem jüdischen Volk.

Ziel der Konferenz war es, einen allumfassenden Plan zur Deportation und Vernichtung der Juden nicht nur aus Deutschland, sondern aus allen Teilen Europas zu entwerfen, die damals unter nationalsozialistischer Herrschaft standen. Dazu sollte auf der Konferenz die Mitwirkung der Parteiämter und der Reichsbehörden sichergestellt werden.

Heydrich eröffnete die Aussprache mit einem langen Rückblick auf die Auswanderung von Juden seit 1933 und die gegenwärtige Lage des Judentums. Er begründete, warum das so genannte Madagaskar-Projekt überholt sei. Dann kam die entscheidende Aussage:

„Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesen zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte.)“

Die Dinge wurden nicht beim vollen Namen genannt. Die Worte „Tod“ und „Vernichtung“ sind im Protokoll nicht enthalten. Aber kein Konferenzteilnehmer konnte im unklaren sein über die unvorstellbaren Konsequenzen, die uns heute alle bekannt sind. Die Wannsee-Konferenz war ein Verwaltungsmassenmord, wie ihn die Geschichte noch nicht erlebt hatte. Die ungeheuerliche Maschinerie des Grauens und der Vernichtung menschlichen Lebens war die Folge. Sie wird niemals vergessen werden können.

Wahr ist, dass nach der Befehlsausgabe auf der Wannsee-Konferenz das Werk der Vernichtung zunächst noch notdürftig vor den Augen der Öffentlichkeit abgeschirmt wurde. Dennoch konnte es unter verantwortlich Denkenden über die wahren Vorgänge keinen Zweifel geben. Wer es wissen wollte, wer sich nicht Ohren und Augen krampfhaft zuhielt, dem konnte nicht entgehen, dass Deportationszüge rollten. Er konnte sich über die Konsequenzen nicht im unklaren sein, auch wenn seine Phantasie für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen mochte.

Neben den Verbrechen selbst, deren physische Ausführung in der Hand weniger lag, trat dennoch der Versuch unendlich vieler, nichts von dem zur Kenntnis zu nehmen, was passierte. Als dann am Ende des Krieges die ganze unsagbare Wirklichkeit veröffentlicht wurde, beriefen sich allzu viele von uns darauf, dies alles nicht gewusst oder auch nur geahnt zu haben.

In einem der Nürnberger Prozesse wurde ein ganzer Dokumentarband unter der Überschrift „Der gute Glaube des deutschen Volkes“ vorgelegt mit der Absicht, Angeklagte zu entlasten. Das war der schrecklichste Versuch der Flucht vor einer Verantwortung, der wir Älteren nicht entgehen können, auch wenn wir damals jung und unbeteiligt waren. Die Konferenz von Wannsee mit ihren Folgen hat jeden Ausweg zerstört, sich auf den guten Glauben berufen zu können. Wir alle haften für das, was zu unserer Zeit im deutschen Namen geschehen ist.

Heute dient dieses Haus als Schullandheim des Berliner Bezirks Neukölln. Eine jedermann ins Auge springende Tafel an seinem Eingang soll an das erinnern, was sich hier zugetragen hat. Dies soll nicht geschehen, um die Kinder dieses Heimes zu belasten. Denn nicht sie, sondern wir Älteren tragen die Last dieser Zeit. Nur wenn wir Älteren den ebenso fruchtlosen wie schrecklichen Versuchen widerstehen, die Vergangenheit zu verdrängen, dann - und nur dann - können wir die Kinder dieses Schullandheimes und unsere Nachkommen überhaupt von der Last befreien. Nur wenn wir Älteren freimütig zu unserer Vergangenheit stehen, wird die Zukunft unserer Kinder frei und offen sein können.

Der Senat von Berlin ist dafür dankbar, dass wir diese Gedenkstunde gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin begehen können. Das ist wahrlich keine Selbstverständlichkeit. Hätten wir es denn im Angesicht der Wannsee-Konferenz von 1942 überhaupt für menschenmöglich halten dürfen, dass es je wieder in unserer Stadt eine Jüdische Gemeinde geben wurde? Gewiss, es gibt gerade in der Berliner Geschichte große Zeichen aufrechter Menschlichkeit für das Zusammenleben mit jüdischen Mitbürgern. Aber die Geschichte ist auch angefüllt mit Zeichen dessen, was jüdische Mitbürger erleiden mussten von versteckter Intoleranz bis zum offenen Hass. Bis tief hinein in die Haltung unserer eigenen christlichen Kirchen sind Wurzeln dafür zu verfolgen. Die Ausstellung „Juden in Preußen“ im vergangenen Jahr hat dies eindrucksvoll bezeugt.

Wir begreifen die Geschichte des Judentums in unserer Stadt als elementaren Teil der Berliner Geschichte mit allen ihren Höhen und Tiefen. Wir sind dankbar, dass die Kraft des Glaubens und der Zuversicht wieder eine Jüdische Gemeinde hat erstehen lassen. Sie hat ermutigende Beispiele neuer vertrauensvoller und verantwortlicher Zusammenarbeit in und für Berlin gegeben.

Um so größer ist unsere gemeinsame Aufgabe, uns um unsere jüdischen Mitbürger in Berlin zu scharen. Der ruchlose Anschlag auf das jüdische Restaurant in der Nachodstrasse erlaubt es niemandem von uns, sich herauszuhalten, auch wenn wir die Täter bisher nicht kennen.

Niemand versuche, sich selbst ins rechte Licht zu rücken, indem er auf Quellen finsterer Absichten und Untaten anderer verweist. Antisemitismus und Gewaltakte gegen Juden in anderen Teilen der Welt entlasten uns Deutsche weder moralisch, noch dürfen sie unsere Wachsamkeit verringern, wenn bei uns selbst neue Gefahrenzeichen sichtbar sind.

Es führt auch unter uns nicht weiter, Gewalt und Terrorismus auf Extremisten einer rechten oder linken Seite aufzuteilen. Denn Extremisten bereiten sich gegenseitig das Feld, egal, von welcher Seite sie ausgehen. Wo immer das Recht mit Füßen getreten und zur Gewalt gegriffen wird, sind wir gemeinsam aufgerufen, furchtlos und kompromisslos einzustehen für die Ehrfurcht vor dem Leben und für die Achtung vor der Würde eines jeden Menschen.

Die ganz überwiegende Mehrheit der Berliner bekennt sich dazu. In ihrem Namen werden viele von uns sich heute Nachmittag an dem Schweigemarsch beteiligen, der um 17 Uhr an der Nachodstrasse beginnt.

Aber es gilt, dies auch über den heutigen Tag hinauszunehmen ins tägliche Leben der Familie, der Schulen, der Arbeit und des sozialen und politischen Lebens. Jeder von uns ist immer von neuem aufgerufen zu eigener Umkehr und Versöhnung. Denn jedes Wort der Unversöhnlichkeit kann zu neuem Hass und zur Zerstörung des Zusammenlebens werden.

Auch in diesem Sinne ist es ein ermutigendes Zeichen, dass heute auch ein offizieller Vertreter des Staates Israel bei uns ist und zu uns spricht. Wir können ermessen, wie schwer es für ihn ist, dieses Haus zu betreten. Wir danken ihm dafür. Wir bekennen uns zur Aufgabe, dass der Staat Israel eine gesicherte Existenz in Frieden mit seinen Nachbarvölkern finden möge.

Der Finsternis, die die Erinnerung an den 20. Januar 1942 verbreitet, steht die Kraft der Menschlichkeit gegenüber. Sie ist die stärkere. Ihr wollen wir dienen. Wenn wir die Vergangenheit angenommen haben, dann dürfen wir uns zur Zukunft bekennen.

Aus: Die menschliche Brücke zwischen Juden und Deutschen trägt wieder. Vier Reden des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Richard von Weizsäcker.
Berlin: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin 1982, S. 6-10.

Veröffentlicht auf der Internetseite der Gedenkstätte mit Genehmigung der Senatskanzlei Berlin vom 05.06.2007.
